

# Wochenblatt

für den Synagogenbezirk Halle a. d. S.

Nr. 202

Erscheint Freitag  
Postvertrieb Erfurt

Halle a. d. S., den 11. Juli 1930

Geschäftsstelle Halle a. S.  
Kaiserstr. 10. Tel. 26530

4. Jahrg.

## Die Not der Juden in Polen.

Die jüdische Bevölkerung in Polen ist in den letzten Jahren von einer außergewöhnlich schweren wirtschaftlichen Katastrophe heimgesucht worden. Diese Katastrophe ist nur bis zu einem gewissen Maße in der in Polen herrschenden allgemeinen Wirtschaftskrise begründet; ihre Ursachen liegen viel tiefer, sie hat ihre spezifischen Merkmale, die nicht von rein objektiven Bedingungen, sondern aus den Bedingungen der inneren Politik herzuleiten sind.

Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Polens befaßt sich mit Handel, hauptsächlich Kleinhandel, Handwerk und Kleinindustrie; von Landwirtschaft wurden die Juden bis auf geringe Ausnahmen ferngehalten. Die spezifische Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung seit dem Wiederaufleben des polnischen Staates war fortwährend darauf gerichtet, das polnische Element wirtschaftlich zu stärken, und zwar auf Kosten der Lebenskraft der nationalen Minderheiten; in erster Reihe wurde die jüdische Bevölkerung aus verschiedenen wirtschaftlichen Positionen, in denen sie historisch verurzelt war, hinausgestoßen. Diese Politik hat die Wirtschaftskrise der Juden, die schon in den objektiven Umständen der Nachkriegszeit bedingt war, zur Katastrophe gesteigert. Dabei ist zu bemerken, daß die ökonomische Widerstandskraft der Juden wesentlich geschwächt wurde durch den Verlust des russischen Marktes, auf welchem der jüdische Kaufmann, Handwerker und Industrielle dank seinem Unternehmungsgeist eine so wichtige Rolle gespielt hatte.

Die Einführung von Staatsmonopolen für gewisse Produktions- und Handelszweige hat Zehntausende jüdischer Arbeiter und Angestellte, die seit vielen Jahren in diesem Zweige beschäftigt waren, ihres Lebensunterhalts beraubt; sie wurden ohne viel Federlesens auf die Straße geworfen, an ihre Stellen traten christliche Arbeiter.

Die gleichen Wege ging die Politik der Regierungen hinsichtlich der Konzession. Die Spiritus- und Tabakkonzessionen wurden von ihren bisherigen Inhabern, die sie generationenlang von ihren Vätern geerbt haben, genommen und Invaliden und anderen privilegierten Bevölkerungskategorien gegeben. Auf diese Weise zwang man einzig und allein die jüdische Bevölkerung zu Opfern für eine Kategorie Bürger, deren Versorgung Pflicht des Gesamtstaates ist.

Die Kartell- und Syndikatpolitik der Regierung, die auf Ausschaltung des Zwischenhandels gerichtet ist, hat die Existenz von Hunderttausenden wirtschaftlich schwacher jüdischer Kleinändler, Vermittler und Handwerker untergraben. Die Protektion des „echt polnischen“ Händler- und Handwerkertums, die sich u. a. auch in der Gewährung billiger Kredite aus staatlichen und kommunalen Fonds ausdrückt, hat die Existenzmöglichkeit vieler Tausender jüdischer Händler und Kleinindustrieller, die einen solchen Schutz seitens des Staates und der Kommunen nicht genießen, unterbunden.

„Der „Etatismus“, der den Staat zu einem über unbegrenzte Mittel verfügenden Großindustriellen und Großkaufmann macht, der keine Steuern zu leisten braucht, ruiniert in erster Reihe das jüdische Element, dem die Einkunftsquellen gesperrt werden, wobei den aus ihren Positionen hinausgedrängten Juden keinerlei Möglichkeit gegeben wird, bei diesen Staatsunternehmungen als Angestellte ihr Brot zu verdienen.

Die polnischen Berufsgenossenschaften erfreuen sich des besonderen Schutzes der Staatsfonds, Staatsbank, der kommunalen Körperschaften usw., während die jüdischen Berufsgenossenschaften keinerlei staatliche oder kommunale Stütze erhalten und auch sonst mit Schwierigkeiten, die ihnen in den Weg gelegt werden, zu kämpfen haben.

Das Steuersystem ist so aufgebaut, daß die Dorfbevölkerung fast gänzlich von der Leistung indirekter Steuern — die Bodensteuer ist eine minimale — befreit ist, und die gesamte Steuerlast, in erster Reihe die Umsatzsteuer, der städtischen, hauptsächlich jüdischen, Bevölkerung aufgebald ist, wobei auf die finanziellen Mittel und die Zahlungskraft dieser jüdischen Bevölkerung nicht im geringsten Rücksicht genommen wird.

Die neueingeführten zwangstechnischen Fortschritte in Produktion und Handel (Mechanisierung der Bäckereien, Standardisierung usw.) wirken sich in der Praxis gegen die jüdischen Handwerker und Kleinindustriellen, die keine Staats- und öffentlichen Kredite zur Umstellung ihrer Betriebe erhalten, schwerwiegend aus. Uebhaupt bringt die Regierung dem Schicksal der immer mehr verarmenden drei Millionen starken jüdischen Bevölkerung kein Interesse entgegen; diese Bevölkerung wird unterdrückt und ihrer Arbeits- und Existenzgrundlage beraubt.

In dem Zeitpunkt zwischen 1915 und 1929 hat das ausländische Judentum, hauptsächlich das amerikanische, eine auf breite Grundlage gestellte Hilfsaktion für das osteuropäische, insbesondere für das durch den Krieg und die Kriegsfolgen ruinierte polnische Judentum, durchgeführt. Das Joint Distribution Committee hat für schnelle und konstruktive Hilfe für das polnische Judentum mehr als 27 Millionen Dollar (rund 240 Millionen Zloty) ausgegeben. Nicht eingerechnet sind in diese Summe die Geldüberweisungen amerikanischer Juden an ihre Angehörigen in Polen durch Vermittlung des Joint, die allein in den Jahren 1919 bis 1921 9 Millionen Dollar betragen haben. Seit 1922 ist das Joint Distribution Committee mit dem Ausbau des jüdischen Genossenschaftswesens beschäftigt und hat gemeinsam mit der Jewish Colonisation Association (JCA) unter dem Namen „Foundation“ eine Institution begründet, die in den Jahren 1922 bis 1929 Kredite in Höhe von 2.800.000 Dollar (25 Millionen Zloty) gewährt hat. Ungeheure Summen wurden durch die amerikanische Emigrationsgesellschaft HJAS und andere jüdische Organisationen verschiedener westeuropäischer Länder für das polnische Judentum ausgegeben. Millionen Dollar haben amerikanische Juden ihren Angehörigen in Polen durch HJAS zukommen lassen. Je mehr aber der polnische Staat konsolidiert wird, um so geringer wird die Hilfe des amerikanischen Judentums; der

Zeitpunkt ist nicht weit, an dem diese Hilfe überhaupt aufhören wird; die ökonomische Krisis in Amerika wirkt sich nach dieser Richtung sehr stark aus.

Dieser Zustand macht es notwendig, daß die Regierung dem polnischen Judentum, welches immer mehr aus seinen bisherigen ökonomischen Produktionen hinausgedrängt wird und in einen Zustand der Katastrophe hineingeht, mit der gebotenen Energie zu Hilfe kommt. Die Frage der Rettung des polnischen Judentums ist eine Frage äußerster Wichtigkeit nicht allein für die jüdische Gesellschaft, sondern, und in nicht geringerem Maße, für den polnischen Staat. Die unablässigen Bitten der jüdischen Bevölkerung um Hilfe seitens des ausländischen Judentums — im Auslande ist man über die Not der Juden in Polen zur Genüge unterrichtet — schadet dem Prestige des Staates und vermindert seinen Kredit auf den amerikanischen, englischen und anderen Geldmärkten.

Die sich täglich steigende Verzweiflung der jüdischen Massen kann der Regierung keinesfalls gleichgültig bleiben. Leider aber bringt die Regierung dieser Situation, die nicht zum geringen Teil durch ihre eigene Politik geschaffen worden ist, keinerlei Verständnis entgegen; sie gibt sich über den Ernst dieser Situation keine Rechenschaft und ignoriert ganz und gar den Katastrophenzustand eines großen Bevölkerungsteiles. Das 3 Milliarden Sloty-Budget des Staates wird zu einem großen Teil aus der fast ausschließlich von der jüdischen Bevölkerung zu tragenden Umsatzsteuer gedeckt. (50% des Etats soll durch die Umsatzsteuer bestritten werden.)

Ungeachtet der hohen Besteuerung des jüdischen Elements wird den Juden keinerlei Equivalent bewilligt. Am besten gibt sich die Verständnislosigkeit der Regierung gegenüber der jüdischen Not darin kund, daß für die religiösen Bedürfnisse der Juden in ganz Polen — also für drei Millionen Seelen — 120.000 Sloty in das Budget eingesetzt sind. Das jüdische Schulwesen — das allgemeine wie das berufstechnische — muß selbst für seinen Unterhalt sorgen; das müssen auch die jüdischen Institutionen der sozialen Fürsorge. Wo jüdische soziale und kulturelle Institutionen Staatshilfe erhalten, ist diese Hilfe eine so minimale, daß sie für die Arbeit nicht ins Gewicht fällt.

Nach der gleichen Richtung bewegt sich die Kommunalpolitik der Regierung. Die Regierung hat als Aufsichtsorgan der Stadtgemeinden diesen Gemeinden verboten, in ihre Budgets Posten für jüdische soziale oder erzieherische Zwecke einzustellen, oder sie hat solche Posten auf ein Minimum reduziert. Nun ging die Regierung auch dazu über, Budgetposten jüdischer Gemeinden für jüdische Schulen mit hebräischer oder jiddischer Unterrichtssprache, ebenso Posten für soziale Fürsorge und ins-

besondere für jüdische Auswanderung nach Palästina, zu streichen. Die Regierung, die von sich aus nichts tut, um die spezifischen Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung zu befriedigen, bemittelt sogar die Initiative der Stadtgemeinden wie der jüdischen Gemeinden, die die lokalen sozialen und erzieherischen Institutionen der jüdischen Bevölkerung zu unterstützen bereit wären. Die jüdischen Selbsthilfe-Organisationen erhalten von der Regierung keinerlei Stütze, in vielen Fällen stört die Regierung die Arbeit dieser Institutionen.

Die Vertreter des jüdischen Parlamentsklubs haben der Regierung den ganzen Ernst der Lage der jüdischen Bevölkerung dargelegt und sie aufmerksam gemacht, daß es unabwendbar und unaufschiebbar ist, daß die Regierung eine entschlossene Initiative entwickelt und ein klares Programm ausarbeitet, die darauf gerichtet sind, die Ursachen des jetzigen katastrophalen Zustandes der jüdischen Bevölkerung Polens zu beseitigen.

### Preussischer Landesverband jüdischer Gemeinden

(Wittlich.)

Am Sonntag, den 22. Juni 1930, tagte zu Berlin unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Kienthal der Wohlfahrtsausschuß des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden. In vielsündigen eingehenden Beratungen wurden die im Etat des Landesverbandes für Wohlfahrtszwecke eingesetzten Mittel verteilt. Mit Rücksicht darauf, daß die Endsumme in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre gekürzt werden mußte, konnten nur in Ausnahmefällen neue Verbände und Organisationen bedacht werden; darüber hinaus mußte sogar eine Reduktion verschiedener laufender Subventionen eintreten. Mehr als je erschien daher äußerste Konzentration der Mittel geboten. Es wurden grundsätzlich nur solchen Organisationen, Anstalten und Verbänden Unterstützungen gewährt, deren Wirkungskreis ein umfassender ist und über örtliche Interessen hinausgeht. Aus demselben Grunde sollen die Stipendien für hauswirtschaftliche Ausbildung in Zukunft auf solche Fälle beschränkt werden, in denen sich junge Mädchen zu Haushaltungsschülerinnen oder zur Tätigkeit in Heimen usw. ausbilden wollen. — Von Einzelheiten dürfte noch von Interesse sein, daß allen Gemeinden die Anstellung hauptamtlicher Sozialbeamtinnen dringend empfohlen werden soll. Dabei wird darauf hingewiesen, daß diese Anstellung, über deren Notwendigkeit kaum ein Zweifel bestehen dürfte, die Gemeinden auch finanziell nicht belastet, da die Ausgabe für das Gehalt der Beamtin durch Ersparnisse auf allen möglichen Gebieten wieder eingebracht werden dürfte.

Bei verschiedenen Gelegenheiten befaßte sich der Ausschuß mit der Notwendigkeit einer einheitlichen Gestaltung der jüdi-

### Der Streit um die Klagemauer

Bei der ersten Sitzung, die die internationale Klagemauerkommission abhielt, unterbreitete die jüdische Vertreterschaft der Kommission ein Memorandum, in welchem die enge Verknüpfung der Juden mit der Klagemauer seit der Zeit der Zerstörung des Tempels, von dem die Mauer den westlichen Teil bildete, bis auf den heutigen Tag aufgezeigt wird.

Dr. M. Eliash hielt bei dieser Gelegenheit eine bedeutungsvolle Ansprache und wies darauf hin, daß in dem Weißbuch der britischen Regierung betreffend die Klagemauer die Mauer als jüdisches Heiligtum anerkannt wird, und daß die jüdische Beziehung zur Mauer bis in das Mittelalter und vielleicht noch weiter zurückreicht. Der Großmufti hat das Weißbuch akzeptiert und sogar dessen Unparteilichkeit gerühmt. Dr. Eliash forderte die Durchführung des Inhalts des Weißbuches und erklärte, die Mauer sei ein Heiligtum, das zwei Religionen wertvoll ist, und es sollten bei einem Heiligtum Konflikte vermieden werden. Er warf die Frage auf, ob die Mauer wirklich moslemitisches Walf (Kircheneigentum) ist, und richtete an die Kommission das dringende Ersuchen, nicht allein die augenblicklich bestehenden, sondern auch einstige Rechte und Verhältnisse in Erwägung zu ziehen. Gemäß Artikel 13 des Palästina Mandates ist der freie Zutritt zu den Heiligen Stätten,

die freie Andachtsübung an denselben, sowie die Wahrung der bestehenden Rechte garantiert. Dr. Eliash zitierte mehrere Äußerungen britischer und jüdischer Autoritäten, die die Behauptung, die Juden hegten Absichten bezüglich der moslemitischen Heiligtümer Palästinas, entschieden zurückweisen. Dr. Eliash appellierte an die Kommissare, die hier das Gewissen der Menschheit repräsentieren, bei der Beurteilung der jüdischen Rechte an der Klagemauer einen höheren Standard gelten zu lassen. Er zeigte Photographien aus früheren Jahren, aus denen zu sehen ist, daß Stühle und Wandschirme gewöhnlich, ohne daß sich jemand da einzumischen pflegte, an der Mauer benutzt wurden. Nach der jüdischen Tradition, erklärte er weiter, ist die göttliche Gegenwart nie von der Mauer gewichen; die Steine dieser Mauer sind durch die Klüfte vieler Generationen jüdischer Andächtiger geglättet worden. Die Juden, schloß Dr. Eliash, wollen das materielle moslemitische Eigentumsrecht an der Mauer nicht in Frage stellen, aber sie fordern Achtung der Rechte jüdischer Andächtiger an der Mauer und sie appellierten an die Kommission, das seit uralter Zeit in Geltung stehende Recht der Juden, an der Klagemauer mit Würde und Anstand zu beten, hochzuhalten und zu bekräftigen.

Nachdem der Vorsitzende der Kommission die Erklärung abgab, man würde sich dem Studium des Memorandums

schen Wohlfahrtsarbeit. Es wurde in Aussicht genommen, in bestimmten Fällen, in denen es daran noch fehlt, im Zusammenwirken mit der Zentralwohlfahrtsstelle auf eine rationellere Gestaltung des heutigen Zustandes hinzuwirken.

Die vom Ausschuß bewilligten Subventionen bedürfen noch der Bestätigung durch den Rat.

## Die Wahlen zum Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden.

(Amtlich)

Am 30. November 1930 finden die Wahlen zum Verbandstage des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden statt.

Der Verbandstag besteht aus Abgeordneten, welche von den Mitgliedern der zum Verband gehörigen Gemeinden gewählt werden. Wahlberechtigt und wählbar sind alle volljährigen, einer Verbandsgemeinde angehörenden Juden beiderlei Geschlechts, die mindestens 1 Jahr vor Auslegung der Wählerlisten innerhalb einer Verbandsgemeinde ihren Wohnsitz gehabt haben. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist, wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, und wer sich nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundfragen der Verhältnisswahl gewählt. Auf je 3000 Seelen entfällt ein Abgeordneter; insgesamt wird der künftige Verbandstag 130 bis 140 Abgeordnete zählen. Die Abgeordneten werden auf die Dauer von vier Jahren gewählt, die Wahlperiode läuft vom 1. Oktober bis zum 30. September.

Die Wahlordnung, aus der alles Nähere über die Bildung der Wahlbezirke und das Wahlverfahren zu ersehen ist, kann durch das Büro des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 158, bezogen werden. In der Wahlordnung sind insbesondere auch die näheren Bestimmungen über die Einreichung von Wahlvorschlägen und Auslegung von Wählerlisten enthalten.

## Bereitschaften.

### Jüdische Jugendgemeinschaft.

**Junggruppe:** Sonnabend, den 12. Juli 1930, bei gutem Wetter 16 Uhr: Treffpunkt am Heidepark; bei Regen 16.15 Uhr Heimabend im Gemeindehaus.

**Jugendbund:** Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft „Das Judenproblem in der modernen Literatur.“ Mendel Mühlbauer berichtet über das Buch von Frank Thieff: Die Verdammten.

widmen, wurde festgestellt, daß die Juden materielle Eigentumsrechte an der Klagemauer nicht beanspruchen. Absolute materielle Eigentumsrechte seien für Heilige Stätten, über welche die wildesten Schlachten ausgefochten wurden, überhaupt nicht anwendbar. Der Vorsitzende verlangte von der moslemitischen Vertreterschaft, das moslemitische Eigentumsrecht auf die die Mauer umgebenden Gebäude und die Mauer selbst nachzuweisen. Er forderte die jüdische Vertreterschaft auf, darzulegen, ob die an der Mauer vollzogene Andacht eine individuelle oder ein Gemeinderitual ist, welcher Unterschied zwischen dem Gottesdienst an der Mauer und demjenigen an den Synagogen besteht, ob die beim Gottesdienst benutzten Zubehöre für den Gottesdienst unbedingt notwendig seien oder nur der persönlichen Annehmlichkeit der Andächtigen dienen sollen; schließlich sei darzulegen, welche Instanz die Gottesdienste an der Mauer arrangiert.

Eliash behielt sich vor, auf alle gestellten Fragen des näheren einzugehen, und erklärte schon heute, daß die Juden, obwohl sie die materiellen Eigentumsrechte der Moslemiten an der Mauer nicht in Frage zu stellen beabsichtigen, dennoch der Meinung sind, daß ein solches materielles Eigentumsrecht den Eigentümer nicht berechtigt, an der Mauer bauliche Veränderungen vorzunehmen oder Neubauten zu errichten. Dr. Eliash überreichte eine Liste des Rabbinischen Komitees zur Wahrung der Rechte

## Kalendarium

für die Zeit vom 11. Juli bis 18. Juli 1930,  
d. i. vom 15. bis 22. Tamus 5690.

<b>Freitag,</b>	11. 7.	Sabbatansfang	19.15 Uhr
<b>Sonnabend,</b>	12. 7.	Schacharis	8.30 "
		Minchah	16.00 "
		Ausgang	21.25 "
<b>Sonntag,</b>	13. 7.	morgens	8.00 "
An den Wochentagen		abends	7.00 "
<b>Sonntag,</b>	den 13. 7.	Schimo asor betamus.	19.15 "

### Fahrzeiten:

Dienstag,	15. 7.	Jakobowitz, Schustak.
Freitag,	18. 7.	Dr. Klein (Königstr.).
Sonnabend,	19. 7.	Lewin (Steinweg).

## Synagogenchor.

Nächste Chorprobe ist am Dienstag, den 15. Juli cr. abends 8.15 Uhr im Gemeindehause, Gernarstr. 12. Um rechtzeitiges und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

### Die Chorleitung.

## Gegen Pogromheze.

Die Berliner Ortsgruppe des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten veranstaltete am 1. Juli abends in der Stadthalle Klosterstraße eine Kundgebung gegen die Pogromheze, der zahlreiche Vertreter der Behörden beiwohnten. Der große Saal und die Galerien und Seitengänge waren überfüllt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Dr. London eröffnete die Kundgebung mit einem Hinweis auf die Ueberfälle in Wannsee und auf die Pogromheze des Goebbels-Organs „Der Angriff“. Er begrüßte insbesondere den Vertreter der Preussischen Staatsregierung Ministerialdirektor Dr. Brecht, und den Vorsitzenden der Berliner jüdischen Gemeinde Direktor Kareski. Der Bundesvorsitzende, Dr. Löwenstein, hatte die Kundgebung in einem Schreiben begrüßt. Ansprachen wurden gehalten vom stellvertretenden Vorsitzenden des R. j. F., Dr. Elkeles, vom Vorsitzenden der Berliner jüdischen Gemeinde, Direktor Kareski, vom Ministerialdirektor Dr. Brecht und von Professor Dr. Georg Bernhardt.

Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die vom Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten einberufene, von allen Bevölkerungskreisen besuchte Versammlung in der Stadthalle erhebt schärfsten Einspruch gegen die immer herausfordernder auftretende nationalsozialistische Volksverhetzung, die seit geraumer Zeit zu Ausschreitungen und Gewalttaten gegen Andersdenkende führt. Neuerdings schreckt diese gewissenlose Heze nicht davor zurück, mit Judenpogromen zu drohen,

der religiösen Juden auf die Heiligen Stätten, dessen Präsident der Grand Rabbin von Frankreich Israel Levi ist, und erklärte an der Hand von Photographien jene hebräischen Inschriften auf den Monolithen der Klagemauer, die vor Ankunft der Kommission in Jerusalem zu nächtllicher Stunde von Arabern weggeschwift wurden. Er bestritt entschieden die Behauptung der Moslemiten, daß die andächtigen Juden an der Klagemauer in der Vergangenheit nicht laut zu beten pflegten, sondern an der Mauer nur schweigend verharren; er zeigte Photographien aus der Vergangenheit vor, auf denen dichtgedrängte Mengen von Juden vor der Mauer zu sehen sind und erklärte, daß die Andacht einer so großen Menge niemals schweigend vor sich gehen könne. An Hand weiterer Photographien wies er nach, daß immer Wandschirme und Sitzgelegenheiten vor der Mauer angebracht gewesen waren. Dr. Eliash verlas zum Schluß Berichte des Kolel (alte orthodoxe jüdische Gemeinde von Jerusalem), sowie alte Urkunden und Quittungen, aus denen zu ersehen war, daß die Juden den Arabern Geldsummen auszahlten für die Entfernung des Schrotts in der Umgebung der Mauer, für Reparaturen an der Mauer selbst, sowie für die Reparierung der Bänke vor der Mauer, ferner für die Versorgung der Betenden mit Wasser zum Spülen der Hände vor dem Gebete usw.

und es besteht die Gefahr, daß unreife verführte Elemente sich zu solchen verbrecherischen Handlungen hinreißen lassen.

Die Versammelten fordern daher von den zuständigen Stellen in Reich, Staat und Gemeinden, daß gegen die Anstifter dieser Mordbege und ihre Helfershelfer mit Nachdruck und Schärfe vorgegangen wird. Der Festtag der Republik am Tage der Befreiung des Rheines sollte allen Volksgenossen eine ernste Mahnung sein, für den inneren Frieden Deutschlands zu wirken."

### Antisemitische Ausschreitungen in Polen, Bolen und Rumänien.

In Posen fanden am 3. Juli abends und in den Nachtstunden Studentenkundgebungen gegen die Juden statt, wobei etwa 100 Studenten von Cafee zu Cafee zogen und jüdisch aussehende Männer verprügelten. Auf dem früheren Wilhelmplatz wurde ein polnischer Konsulatsbeamter aus Paris, der für einen Juden gehalten wurde, schwer verprügelt. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt. Zwei Rädelsführer wurden verhaftet, aber nach Aufnahme eines Protokolls wieder auf freien Fuß gesetzt.

In Kovel überfluteten Huligan-Banden am 1. und 2. Juli die von Juden bewohnten Gassen, richteten Zerstörungen an und mißhandelten die jüdischen Einwohner. Es wurden insgesamt 40 Juden, darunter einige schwer, verletzt. Eine jüdische Abordnung, bestehend aus dem Vorsitzenden und den Vorstandsmitgliedern der Gemeinde bat den Starost um Schutz, dieser erklärte aber, daß er über nicht genug Polizeimannschaft verfüge. Die Judenschaft Kovels lebte in einer schweren Panik, die Stadt ist wie ausgestorben, alle Türen, Fenster und Geschäftsläden sind geschlossen. Eine jüdische Abordnung begab sich zum Wojwoden von Luck, um ihn um Schutz für die Gemeinde zu bitten.

In der Südbukowina stehen seit einigen Tagen mehrere Städte unter schwerem Terror der Czuzisten. Das jüdische Städtchen Borsfa, in der Nähe von Marmaros-Sziget, ist infolge antisemitischer Hezpropaganda niedergebrannt worden. 250 Häuser, darunter 4 Synagogen, sind eingeeäschert worden. Die Zahl der Obdachlosen beträgt 3600. — Auch die Städte Kimpolung und Barna stehen in hellem Aufruhr. Die Behörden unterstützen durch ihre Gleichgültigkeit die pogromartige Bewegung.

### Die Hildesheimer Feier am Berliner Rabbiner-Seminar.

Auch in diesem Jahre hat das Rabbiner-Seminar zu Berlin am 4. Lamus (30. Juni), dem Sterbetage seines verewigten Begründers, Rabbiner Dr. Israel Hildesheimer, eine Gedenkfeier unter Teilnahme aller gegenwärtigen Schüler und einer großen Anzahl von Gästen abgehalten, wie sie schon seit drei Jahrzehnten alljährlich stattfindet und mit der Überreichung von Diplomen an entlassene Schüler verbunden ist. Die Feier war umrahmt von Psalmen-Vorträgen, in ihrem Mittelpunkt standen die Entlassungsrede des Herrn Dozenten Dr. J. Wohl-gemuth und eine Ansprache des Rabbiners Dr. Ch. B. Friedmann, an die sich ein eindrucksvolles Gebet des Herrn Dozenten Dr. S. Grünberg schloß.

### Kurze ausländische Chronik.

#### Meldungen der Jüdischen Telegraphenagentur.

Zum Nachfolger des verstorbenen jüdischen Generaldirektors des Scala-Theaters zu Mailand, Angelo Scandiani, wurde Fräulein Anita Colombo, die Tochter eines jüdischen Bankiers, ernannt. — Unter der Beschuldigung, eine illegale zionistische Tätigkeit entwickelt zu haben, wurden 24 Mitglieder der Organisation Zeire Zion der Sowjetunion, unter ihnen sieben Mädchen, nach Sibirien deportiert.

### Silbenrätsel.

Aus den Silben: al — am — be — bow — chev — e — fant — ga — go — gra — ha — bei — ho — ig — ir — land — le — let — nar — naz — ne — on — re — reau — reb — ri — ses — ten — to sind 11 Wörter zu bilden, deren Anfangs- und Endbuchstaben von oben nach unten gelesen, zwei jüdische Geschichtsschreiber ergeben.

Die Wörter bedeuten: 1. deutschen jüdischen Dichter, 2. Säugetier, 3. Vornamen, 4. berühmten Feldherrn, 5. einen Sohn Salomos, 6. Insel, 7. Lederart, 8. einen Berg in Palästina, 9. jüdischen Schriftgelehrten, 10. Oper von Verdi, 11. Truppenübungsplatz bei Magdeburg.

### Auflösung des vorigen Rätsels:

1. Daniel, 2. Eseli, 3. Rabe, 4. Pantow, 5. Radio, 6. Orion, 7. Zulu, 8. Eber, 9. Straßensaub, 10. Saron, 11. Domino, 12. Erev, 13. Samos, 14. Hausfrau, 15. Adolf, 16. Uruguay, 17. Pinie, 18. Tomor, 19. Mohammed, 20. Amor, 21. Nathan.

Der Prozeß des Hauptmanns Dreyfus von Bruno Weil.

1848 Möbeltransport 1930 Wohnungstausch

Prospekte für Ferienreisen  
— Nordland, Mittelmeer und USA —  
im Reisebüro, Delitzscherstr. 5, Telefon 26134

Berücksichtigen Sie bitte unsere Inserenten!

### Schillers Garten, Heide

Donnerstag ab 3 1/2 Uhr: TANZ-TEE  
Sonntags ab 8 Uhr:  
großer Gesellschafts-Tanz (Eintritt frei)  
Gute u. preiswerte Speisen u. Getränke

### Wäscherei Meyer

Taubenstr. 1 Tel. 29666 Fritz Reuterstr. 5  
Haushaltswäsche pro Pid.  
Bodenfertig . 20 Pfg.  
Gerollt . . . . 30 Pfg.  
Schränkfertig 40 Pfg.  
Herrenstärkewäsche Gardinenspannerei  
Abholung u. Zustellung kostenlos

### Kunststopferei

Luise Podolski, Leipziger Straße 72, 1  
Unsichtbar! Billigst!

### Inserieren bringt Gewinn!

### Ihre Schuhe drücken!

Wir weiten und strecken bis zu 2 Nummern. Neues Verfahren

### Fußwohl,

Schuh - Großreparaturbetrieb.  
Kirchnerstraße 18a. Harz 1

Druck: Gutenberg-Druckerei, Erfurt. — Verantwortlicher Schriftleiter: Leo Rammiger, Erfurt, Anger 57.